

HISPANICS UND AFROAMERIKANER IN DER US-POLITIK

DAS ZENTRUM FÜR USA-STUDIEN (ZUSAS)

Manfred Berg

Das 1995 gegründete Zentrum für USA-Studien (ZUSAS) an der LEUCOREA widmet sich der Erforschung der amerikanischen Geschichte, Kultur, Politik und Gesellschaft sowie der Vermittlung von Wissen über die Vereinigten Staaten. Zu den Aufgaben gehören die Organisation internationaler fachwissenschaftlicher Tagungen und Workshops, die Herausgabe des *American Studies Journal* und die Lehrerfortbildung zur amerikanischen Landeskunde und englischen Sprache. Der folgende Beitrag über den Einfluss der Hispanics und Afroamerikaner auf den Ausgang der US-Präsidentschaftswahl 2004 ist Teil laufender Arbeiten zur politischen Geschichte der Afroamerikaner und anderer ethnischer Minderheiten.

Sowohl die Afroamerikaner als auch die Hispanics, eine Sammelkategorie für die aus Lateinamerika und der Karibik stammende Spanisch sprechende Bevölkerung der USA, gehören traditionell zu den treuesten Wählern der Demokraten. Bei den Präsidentschaftswahlen 2000 gaben etwa 10,5 Millionen schwarze und 5,7 Millionen hispanische Wähler ihre Stimmen ab. Zusammen stellten beide Gruppen etwa 17,5 Prozent der Wählerschaft. Obwohl die Angehörigen beider Minderheiten in moralisch-kulturellen Fragen wie der Haltung zu Abtreibung und gleichgeschlechtlichen Beziehungen eher konservativ eingestellt sind, orientierten sie sich in ihrem Wahlverhalten bislang vornehmlich an ihren sozialen und wirtschaftlichen Interessen. Dies ist kaum verwunderlich, denn beide Gruppen, die jeweils rund 12,5 Prozent der US-Bevölkerung ausmachen, bilden mit

Armutskoten von 24,1 Prozent (Afroamerikaner) und 21,8 Prozent (Hispanics) statistisch die Schlusslichter auf der Wohlstandsskala der amerikanischen Gesellschaft (gegenüber 12,1 Prozent im Landesdurchschnitt).

Keine andere ethnische oder soziale Gruppe in den USA weist eine derart hohe Parteiidentifikation auf wie die Schwarzen. Seit 1964 haben alle demokratischen Präsidentschaftskandidaten zwischen 82 Prozent und 94 Prozent der schwarzen Stimmen erhalten. Bei den letzten Wahlen erzielte Al Gore einen Anteil von 90 Prozent, bei schwarzen Frauen sogar von 94 Prozent. Fast jede fünfte Stimme für Gore (18,9 Prozent) wurde von Afroamerikanern abgegeben, obwohl nur jeder zehnte Wähler schwarz war! Auch bei den Wahlen zum Kongress stimmten die Afroamerikaner zu 90 Prozent für demokratische Kandidaten.

Wahlentscheidend bei knappem Ausgang 9

Die Hispanics sind politisch, sozial, ethnisch und kulturell sehr viel heterogener als die Afroamerikaner. Die Bezeichnung Hispanics ist, genau wie Asian Americans, eine von der Zensusbehörde eingeführte Kategorie. Die meisten Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe definieren ihre ethnische Identität primär über ihr Geburtsland bzw. das ihrer Eltern und Großeltern, also beispielsweise als Mexican American.

Die Frage, ob es überhaupt einheitliche politische Interessen aller Hispanics gibt, bejaht nur etwa die Hälfte von ihnen. Gleichwohl neigten auch die Hispanics in der Vergangenheit mit großer Mehrheit zu den Demokraten, der klassischen Einwandererpartei, auch wenn ihre Parteiidentifikation weniger stark ausgeprägt ist und die in Florida ansässigen Kubaner eine wichtige Ausnahme bilden. 1996 erhielt Bill Clinton 72 Prozent aller hispanischen Stimmen, Al Gores Anteil sank vier Jahre später auf 67 Prozent ab, die aber immer noch 9,6 Prozent aller für Gore abgegebenen Stimmen ausmachten.

Für die Demokraten kommt es mithin bei allen nationalen Wahlen darauf an, ihre afroamerikanischen und hispanischen Wähler zu mobilisieren. Wahlentscheidend sind deren Stimmen jedoch nur dann, wenn der Wahlausgang knapp ist. Dann können ethnische Stimmenblöcke in wichtigen umkämpften Bundesstaaten, den Swing States, das Zünglein an der Waage bilden. Dafür gibt es prominente historische Beispiele. Sowohl Harry Truman 1948 als auch John F. Kennedy 1960 verdankten ihre Wahl vor allem den schwarzen Stimmen der Großstädte. Strukturell ist die Stärke der Demokraten bei den ethnischen Minderheiten jedoch eher ein Problem für die Partei, denn sie hat gleichzeitig unter der weißen Wählerschaft ihre Mehrheitsfähigkeit eingebüßt. 1996 wurde schon jede vierte Stimme für Bill Clinton entweder von Afroamerikanern oder Hispanics abgegeben. Vier Jahre später stieg ihr Anteil an den Wählern Al Gores auf 28,5 Prozent. Dagegen konnte Gore nur 42 Prozent der weißen Wähler für sich gewinnen, die zu 54 Prozent George Bush unterstützten.



Bild links: Der demokratische Senator Barack Obama (Illinois) im Wahlkampf 2004.

Foto: David Katz/Obama for Illinois

10

Das Kernproblem für die Demokraten besteht darin, ihre ethnisch und kulturell sehr heterogene Basis auf der Grundlage gemeinsamer sozialer und wirtschaftlicher Interessen zu einer Wahlkoalition zu schmieden. Dieses Ziel hat John Kerry im Wahlkampf fast klassisch formuliert, als er von den »struggling families in Appalachia [arme Weiße], or in public housing in Detroit [schwarzes Ghetto], or in the barrios of East L. A. [hispanisches Slum]« sprach, die in George Bushs Amerika die »vergesenen Amerikaner« seien.

Das Wahlverhalten der Afroamerikaner am 2. November 2004 hielt keine Überraschungen bereit. Erneut gelang es dem demokratischen Bewerber John Kerry, mit 89 Prozent aller schwarzen Stimmen die überwältigende Mehrheit dieser ethnischen Minderheit hinter sich zu bringen.

Vor den Wahlen ergaben Umfragen, dass Präsident George W. Bush bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe so unpopulär war wie unter den Schwarzen. Dagegen hatte sich John Kerry bei den demokratischen Vorwahlen als der von den afroamerikanischen Wählern bevorzugte Kandidat erwiesen. Obwohl Afroamerikaner in moralisch-kulturellen Fragen, nicht zuletzt wegen ihrer starken religiösen Bindungen an die baptistischen Kirchen, eher konservativ eingestellt sind, unterstützen sie die (liberalen) Demokraten seit Jahrzehnten als Partei des Minderheitenschutzes und des Wohlfahrtsstaates. Demgegenüber werden die Republikaner, die sich seit den 1970er Jahren zielstrebig als Partei des konservativen weißen Südens profiliert haben, mit großem Misstrauen beargwöhnt, trotz der herausgehobenen Rolle, die Afroamerikaner in der Bush-Administration spielen. Angesichts der Vorfälle bei den letzten Wahlen, als zahlreiche Afroamerikaner unter dubiosen Umständen von den Wahllisten gestrichen worden waren, war das Misstrauen vor den Wahlen 2004 besonders groß. Bürgerrechtsorganisationen bildeten eine »Wählerschutzkoalition«, deren Beobachter vor allem in Florida die Abstimmung besonders genau beobachten sollten.

ANZEIGE

	1996		2000		2004	
	Clinton	Dole	Gore	Bush	Kerry	Bush
Weiße	43%	46%	42%	54%	42%	57%
Schwarze	84%	12%	90%	8%	89%	11%
Hispanics	72%	21%	67%	31%	55%	42%

Die Tabelle zeigt das Wahlverhalten nach rassischer und ethnischer Zugehörigkeit

Der Trend: Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft

Bei den hispanischen Wählern dagegen haben das mit 55 Prozent relative schwache Abschneiden Kerrys und die entsprechend starke Unterstützung für Bush durchaus überrascht. Tatsächlich gelang es dem Präsidenten, 42 Prozent dieser Wählergruppe für sich zu gewinnen; vier Jahre zuvor hatte er noch 11 Prozent weniger erhalten. Dieser Zuwachs ist umso erstaunlicher, als sich die Popularität, die Bush zu Beginn des Irak-Krieges unter Hispanics genoss, im Laufe des Jahres 2004 wieder merklich abgekühlt hatte, und die sachpolitischen Präferenzen der hispanischen Wähler bei wichtigen Themen wie der Einwanderungsgesetzgebung und der sozialpolitischen Rolle der Bundesregierung größere Gemeinsamkeiten zu den Demokraten aufweisen. Auch wäre zu erwarten gewesen, dass eine zu über 70 Prozent katholische Bevölkerungsgruppe dem Katholiken John Kerry nicht weniger Sympathien entgegen bringen würde als vier Jahre zuvor dem Protestanten Al Gore.

Eine Erklärung für diese Veränderungen mag darin liegen, dass viele Hispanics, deren patriotische Loyalität in letzter Zeit von konservativen Autoren wie Samuel Huntington in Zweifel gezogen worden ist, sich ganz besonders zur Unterstützung des »Kriegspräsidenten« Bush aufgerufen fühlten. Vermutlich zeigt sich hier aber auch ein aus der amerikanischen Einwanderungs-

geschichte bekannter langfristiger Trend zur Anpassung an die Werte und Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft, vor allem bei den wirtschaftlich erfolgreichen Einwanderern. Je höher ihr Einkommen, desto eher stimmen Hispanics für die Republikaner.

Während die Bindungen der Afroamerikaner an die Demokraten auf absehbare Zeit sehr stark bleiben dürften, entwickeln sich die Hispanics immer mehr zu unabhängigen Wechselwählern. Angesichts ihrer beständig steigenden Zahl und ihres moralisch-kulturellen Konservatismus ist dies vor allem für die Republikaner eine interessante Perspektive.

PD Dr. Manfred Berg ist Historiker und Leiter des Zentrums für USA-Studien an der LEUCOREA, Wittenberg. 1992–1997 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Washington, D. C. Zum Thema erscheint von ihm in Kürze: »The Ticket to Freedom. The NAACP and the Struggle for Black Political Integration« (Gainesville: University Press of Florida, 2005).